

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

162 (16.7.1925)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbmöndlich 1.— M mit 90 J ohne Zustellung. Einzelheft 10 J, Samstags 15 J. — Anzeigen: die einpaltige Kolonelleiste 20 J, auswärts 25 J, Reklamen 80 J. Annahmestunde 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle: Schriftleitung: Georg Schöpslin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volkstfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Das Aufwertungsgezet angenommen

Die Sozialdemokratie lehnt eine Verantwortung dafür ab, da alle Verbesserungsanträge von der Mehrheit niedergestimmt — Aufwertung nur für das Spekulantentum — Dem Spartakusgläubiger ein blauer Dunst — Sozialdemokraten, Demokraten und Völkische gegen das Gesetz — Der Reichspräsident kann den Volkseinsatz beantragen

Berlin, 15. Juli. In der Mittwochssitzung des Reichstags erregten 500 000 Unterschriften zu Gunsten eines Schankstättengesetzes, die auf dem Tisch des Hauses niedergelegt waren, die Aufmerksamkeit. Die zahlreichen Bände waren zu einem hohen Berg aufgeschichtet. Der Reichstag beriet in zweiter Lesung den Entwurf über die Errichtung der deutschen Rentenbank-Kreditanstalt. Der Ausschuss legte einen umfangreichen, gedruckten Bericht vor. Die Aufgabe der deutschen Rentenbank-Kreditanstalt ist die Beschaffung und Gewährung von Krediten für Zweck der deutschen Landwirtschaft in allen ihren Zweigen unter Einschluß der Förderung der Bodenkultur und landwirtschaftlichen Siedelung. Die Kreditanstalt gibt das Darlehen nicht unmittelbar an die Landwirte, sondern an die in der Anstalt zusammengeschlossenen landwirtschaftlichen Banken und Kreditorganismen. Das Kapital der Kreditanstalt beträgt 500 Millionen Reichsmark. Die Sozialdemokratie hat im Ausschuss lebhaft an der Verbesserung der Vorlage mitgearbeitet. Unsere Partei erreichte u. a., daß der Verwaltungsrat gleichmäßig von Organen des Reichsrats und der Privatinteressenten besetzt wird. Dagegen war nicht zu erreichen, daß eine Vertretung der Angestellten und Arbeiter in die Anstaltsverwaltung eintritt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Georg Schmidt und Frau Toni Sender sprachen stark gegen diese schweren Mängel des Gesetzes. Die Sozialdemokraten beantragten auch im Plenum, daß in die Anstaltsverwaltung 20 Mitglieder des deutschen Landarbeiterverbandes und 10 Mitglieder des Rentnerverbandes der Landarbeiter berufen werden müßten. Sämtliche Parteien von den Deutschen Nationalen bis zum Zentrum und einschließlich der bayerischen Volkspartei gaben gegen den sozialdemokratischen Antrag eine gemeinsame Erklärung ab. Auch die Völkischen und die Demokraten sprachen sich gegen die sozialdemokratische Forderung aus. Da die Nichtbeteiligung der Arbeiterorganisationen in der Verwaltung der Kreditanstalt eine schwere und eigentlich eine Verfassungswidrigkeit und Ungerechtfertigkeit gegenüber den Arbeiterorganisationen ist, lehnte die Sozialdemokratie den Gesetzentwurf ab.

Dagegen wurde in die dritte Lesung des Hypothekenaufwertungsgezetes eingetreten. Zunächst war ein völkischer Antrag eingelaufen, der gemäß Art. 72 der Reichsverfassung vom Reichspräsidenten fordert, die Verkündung des Gezetes um 2 Monate aussetzen. Die Sozialdemokraten gaben durch Gen. Keil eine Erklärung zu Gunsten dieses völkischen Antrages. Die Verkündung des Gezetes muß 2 Monate ausgesetzt werden, wenn ein Drittel des Reichstags es verlangt. Um halb 11 Uhr wurde über den völkischen Antrag abgestimmt. 167 Abgeordnete stimmten namentlich für den Antrag. Damit war die erforderliche 2/3-Mehrheit für die Aussetzung der Verkündung des Gezetes vorhanden.

Sitzungsbericht

Auf den Tisch des Hauses sind ein Berg Unterschriften niedergelegt, die für ein Schankstättengesetz gesammelt worden waren, den Gemeinden das Recht gibt, die Schankstätten zu beschränken. Der Zweck der Unterschriften ist, die Abgeordneten auf die Notwendigkeit dieses Schankstättengesetzes hinzuweisen. Außerdem ist auf dem Tisch des Hauses ein Bild, in dem „Millionen von Trinkerkindern den Reichstag bitten usw.“ Das Haus nimmt eine Umstellung seiner Tagesordnung vor, durch die die 3. Beratung des Hypothekenaufwertungsgezetes an die zweite Stelle gerückt wird, um den Parteien noch eine weitere Frist zur Stellung von Anträgen zu geben. Es wird zuerst die

zweite Beratung eines Gesetzentwurfes über die Errichtung der deutschen Rentenbank-Kreditanstalt vorgenommen. Diese Bank soll zur Gewährung und Schaffung von Krediten für die Landwirtschaft gegründet werden. Der Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung Graf Kanitz setzte sich für die Annahme des Entwurfes ein. Die Landwirtschaft habe auf Grund der Damesgesetzte mit der Verpflichtung, für die Schulden des deutschen Reiches aufzukommen. Sie habe während der Inflation ihr gesamtes Vermögen verloren. Hier solle die Kreditanstalt einreifen. Sie solle zunächst vornehmlich Personalkredite geben, die bis 1930 laufen sollen, außerdem werde sie sich bemühen, insbesondere langfristige Auslandskredite für die deutsche Landwirtschaft herbeizubekommen. Die Rentenbank-Kreditanstalt verfolge vor allem den Zweck, zur Intensivierung der Landwirtschaft und zur Produktionsförderung beizutragen. Abg. Schmidt (Soz.) begründete sozialdemokratische Änderungsanträge zur Vorlage. Unter anderem wünschte sie, daß die Personalkredite nicht wie es 12. 1928 gewährt werden, außerdem wünschte die Sozialdemokratie eine andere Zusammensetzung des Verwaltungsrates. Sie wolle mehr Arbeitervertreter hineinkommen.

Weiter wollen sie die Zahl der Mitglieder der Anstaltsverwaltung von 110 auf 130 erhöhen und zwar zu Gunsten der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer. Namens der Kompromißparteien gibt Abg. Dietrich (Df.) eine Erklärung ab, in der der Vorlage zugestimmt wird. Bei der Zusammenfassung der Verwaltungsvorschläge für die Anstalt habe man auch die Hauptvertreter der Arbeitnehmer hinzugezogen. Man sei vor allem darauf bedacht gewesen, eine sachlich kaufmännische Führung des Betriebes der Kreditanstalt zu gewährleisten. So erhoffen die Kompromißparteien von der Kreditanstalt für die Landwirtschaft, daß sie zum Wiederanstieg des gesamten Wirtschaftslebens beitragen möge. Besonderer Wert würde von den Regierungsparteien darauf gelegt, daß die Kredite der Anstalt für Zwecke der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, für Bodenkultur und Siedelungen verwendet würden. Wenn durch die Errichtung des Instituts zunächst auch noch keine neuen Kreditmittel beschafft werden könnten, so würde doch durch seine Gründung die Ablösung der laufenden Verpflichtungen erleichtert und die Aussicht auf langfristige Realkredite durch Vereinnahmung von entsprechenden Auslandskrediten eröffnet.

Abg. Söhne (Komm.) wendet sich gegen die Erklärungen der Regierungsparteien zur Rentenbank-Kreditanstalt. Man wolle möglichst wenig Vorn über diese profitorientierte Bank machen, die nur einem einzigen deutschen Stande, der deutschen Landwirtschaft zugute käme, obwohl andere Wirtschaftszweige erheblich kreditbedürftiger wären. Abg. Wittenberg (Df.) bekräftigt das Vorliegen eines Kreditbedürfnisses für die Landwirtschaft, betont aber, daß alle anderen Kreise des Wirtschaftslebens, insbesondere die mittelständlichen mindestens ebenso kreditbedürftig seien. Diese Kreise könnten in konsequenter Weise von der Regierung ebenfalls verlangen, daß ihrem Kreditbedürfnis wie dem der Landwirtschaft Rechnung getragen wird. Notwendiger als die Beschaffung von Krediten für die Landwirtschaft sei die Schaffung von erträglichen Zinssätzen. Würden die Zinsen nicht erniedrigt, so würden die Kredite zu einem Dauer-Geldselbst werden. Die Demokraten hätten zwar verschiedene Bedenken gegen die Vorlage, würden ihr aber trotzdem zustimmen, weil sie keine Möglichkeit außer Acht lassen wollten, der deutschen Landwirtschaft gelte es als erste zunächst zu stärken, damit stimmten die Demokraten mit dem Reichspräsidenten Schacht überein und sie würden daher der Vorlage zustimmen. (Beifall bei den Demokr.)

Abg. Schröder-Medlenburg (Df.) warnt vor übertriebenen Hoffnungen, die etwa auf die zu errichtende Kreditanstalt gesetzt würden. Bis jetzt sei von dem in der Vorlage genannten Kapital von 500 Millionen erst ein Betrag von 200 Millionen vorhanden. Die Völkischen würden dem Gesetz ihre Zustimmung geben.

Damit schließt die allgemeine Debatte. Die Abstimmungen sollen erst später vorgenommen werden. In der Einzelberatung setzte sich Frau Sender (Soz.) nochmals für die sozialdemokratischen Anträge ein, die die Zahl der Arbeitnehmer in den Verwaltungsvorschlägen der Rentenbank-Kreditanstalt vergrößern wollen. Damit ist die zweite Lesung des Gesetzentwurfes für die Errichtung der Rentenbank-Kreditanstalt beendet bis auf die ausgesetzten Bestimmungen.

Das Haus wendet sich dann der 3. Lesung des Hypothekenaufwertungsgezetes zu.

In der allgemeinen Aussprache wendet sich Abg. Fennig (Df.) nochmals gegen die Art der Behandlung der Aufwertungsgezetes durch die Kompromißparteien. Der Regierungsvorschlag sei der Nichtaufwertungsbild gewesen. Alle Bemühungen der Völkischen und der Linken um Verbesserung der Vorlage seien an der Stimmenmehrheit der Regierungsparteien gescheitert. Man hätte alles zum Besten hinausgeredet. Die Kompromißparteien müßten die Verantwortung für diese Art Aufwertung den Gläubigern gegenüber allein tragen. Abg. Fennig kündete des weiteren die Einleitung eines Volkseinsatzes über die Aufwertungsfrage an. (Gandekläffen und Beifall auf den Völkischen). Präsident Loebe droht mit Räumung der Tribünen.

Abg. Keil (Soz.)

Die Völkischen haben nur ihre Parteipfeifen an der Aufwertungsfrage wärmen wollen. Die Sozialdemokraten hätten gerne mit Dr. Post zusammengearbeitet und bedauerten, daß er sich als Opportunist zu den Völkischen beriet habe, mit denen die Sozialdemokraten nichts zu tun haben wollten. Der Standpunkt der Sozialdemokraten hätte grundsätzlich nicht anders in der Aufwertungsfrage sein können, wie er es war (sehr richtig links). Namens der sozialdemokratischen Partei gibt Abg. Keil dann folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat bei ihrer Stellungnahme zu der Aufwertungsfrage das Ziel verfolgt, die entwerteten Papiermarken in einem Maße aufzuwerten, in dem es ohne Gefährdung der neuen Währung und ohne Erschütterung des Wirtschaftslebens möglich ist. Sie hat dabei den Gedanken in den Vordergrund gestellt, daß am wirksamsten dort geholfen werden muß, wo die Not am größten ist. Für die Sicherung der Lebensnotwendigkeit der infolge Krieges und Inflation verarmten Volksschichten haben jene Kreise Opfer zu bringen, die trotz Krieges, Niederlage und Volksverarmung reich geworden sind, oder reich geblieben sind. Bei der Vertre-

tung dieser Auffassung ist die sozialdemokratische Fraktion auf den Widerstand der Regierungsparteien gestoßen.

Unter dem Vorwand der Wahrung wirtschaftlicher Allgemeininteressen sind den Gläubigern große Vorteile auf Kosten ihrer Gläubiger gewährt worden. Der schematische Vorschlag von 25 Prozent für die Aufwertung von Vermögenswerten bleibt hinter der allgemeinen Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zurück. Die ganze Ausgestaltung der Aufwertungsbestimmungen im einzelnen ist diktiert von der Sorge für das Wohlergehen des schuldenlastigen Gläubigers. Die Interessen des verarmten Gläubigers haben die gebührende Würdigung nicht erfahren. Die Begünstigung des Hypothekenschuldners hat zugleich die Folge, daß die Besitzer von Pfandbriefen, Versicherungsanträgen und Sparguthaben mit dürftigen Bruchteilen ihrer Ansprüche abgefunden werden.

Der systematische Schutz, den die Regierung und die Regierungsparteien den Kriegs- und Inflationsgewinnern gewähren, findet seinen kräftigsten Ausdruck in der Ablehnung der sozialistischen Anträge auf Erhebung einer Sondersteuer von dem erhaltenen gebliebenen, erworbenen und neu gebildeten Vermögen.

Die Folge davon ist, daß die Aufwertung der öffentlichen Anleihen eine Gestalt angenommen hat, die von den Anleihegeheimen als Hohn empfunden wird. Das berechtigte Verlangen der verarmten Anleihebesitzer nach Wiederaufnahme des Zinsendienstes bleibt unerfüllt, dafür wird ein geringwertiges neues Papier ausgegeben, das nicht selten erst zur Auslösung gelangen wird, wenn der hungernde Gläubiger längst gestorben ist. Auch die Spartakusgläubiger und die Träger der Reichsversicherung können erst in einer ungewissen Zukunft auf Rückzahlung kleinerer Teile ihres dem Reich zur Verfügung gestellten Vermögens rechnen. Der kleine und kleinste Anleihebesitzer wird mit Prozenten abgefunden, die jedes soziale Empfinden verletzen.

Eine freigebige Aufwertung erfährt allein das Spekulantentum. Es hat die Hochstuf der Inflation dazu ausgenützt, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Jetzt werden die Anleihen der Spekulanten auf ein Vierfaches aufgewertet. Die Forderung der Sozialdemokratie nach völliger Ausschließung der Spekulanten von der Aufwertung ist von der Regierung und den Regierungsparteien abgelehnt worden.

Die Aufwertungsgezetes find nicht das Ergebnis von sachlichem Meinungsaustausch zwischen Regierungsmehrheit und Opposition, sie beruhen vielmehr auf Sonderabmachungen der Regierungsparteien, von denen die Opposition ausgeschlossen war.

Alle Verbesserungsanträge der sozialdemokratischen Fraktion wurden ohne sachliche Würdigung niedergestimmt. Die Gezetes stehen in schroffem Widerspruch mit den Versprechungen, die den Wählern gegeben wurden. Sie sind erfüllt von demselben Geist, den Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung aufweist. Der Schutz des Großkapitals belastet die Volksmassen und entzweit breite Kreise des ehemaligen Mittelstandes ihres Vermögens zu Gunsten einer kleinen Schicht von Inflationsgewinnern.

Die sozialdemokratische Fraktion lehnt jede Verantwortung für eine derartige Politik ab, indem sie gegen das Aufwertungsgezetes stimmt.

Die Regierungsmehrheit wird das Gesetz annehmen. Ist das geschehen, so können sich die Hoffnungen der Gläubiger und Sparrer nur noch auf den Reichspräsidenten Hindenburg richten. Art. 73, Abs. 1 der Reichsverfassung lautet: „Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz ist vor seiner Verkündung zum Volkseinsatz zu bringen, wenn der Reichspräsident binnen eines Monats es bestimmt.“

Die Verfassung der deutschen Republik gibt also dem Reichspräsidenten die Möglichkeit, das Volk selbst entscheiden zu lassen. Die völkische Freiheitspartei will durch den Vorhin vom Präsidenten bekannt gegebenen Antrag den Reichspräsidenten in feierlicher Weise auf die von der Verfassung ihm zuerkannten Rechte aufmerksam machen. Der Antrag verlangt in Anwendung des Art. 73 der Reichsverfassung, daß die Verkündung des Aufwertungsgezetes 2 Monate ausgesetzt wird. Die sozialdemokratische Fraktion wird diesem Antrag zustimmen. Sobald ein Drittel des Reichstags dem Antrag zustimmt, darf die Verkündung vor 2 Monaten nicht erfolgen. Diese Rechtslage ändert sich, wenn die Mehrheit des Reichstages das Gesetz für dringlich erklärt. Ein solcher Antrag liegt vor. Wird dieser Antrag angenommen, so ist der Reichspräsident gemäß Art. 79 der Reichsverfassung nicht verpflichtet, das Gesetz binnen einem Monat zu verkünden. Er kann die Verkündung aussetzen und den Antrag durch mindestens ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten zur Vornahme einer Volksabstimmung stellen, er kann auch selbst bestimmen, daß das Gesetz zur Volksabstimmung eingebracht wird. Das kann er, aber auch, wenn der Antrag auf Aussetzung der Verkündung nicht von einem Drittel des Reichs-

tags unterstützt sein sollte. Bei dem großen Vertrauen, das die völkische Freiheitspartei dem Reichspräsidenten Hindenburg wie bei seiner Wahl, daß sie ihren Antrag nicht gestellt haben würde, wenn sie des Erfolges nicht sicher wäre. Mit größter Spannung sieht also das deutsche Volk, vor allem die Sparrer und Währungsgegner, der Entschcheidung des Reichspräsidenten entgegen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Ebert teilte dann dem Hause mit, daß die völkische Arbeitsgemeinschaft einen Antrag eingebracht habe, der verlange, daß die Verkündung des Aufwertungsgesetzes um 2 Monate auf Grund des Artikel 72 der Reichsverfassung ausgesetzt werde.

Abg. Philipp (D.N.) erklärt seine Zustimmung zu einer Resolution der Sozialdemokraten, in der verlangt wird, daß die öffentlichen Bandarbeiten nicht höher aufgemerkt werden sollen, als die Hypotheken.

Abg. Dr. Korsch (Komm.) begründet die schon in zweiter Lesung eingebrachten und dort abgelehnten Anträge für die 3. Lesung der Vorlage nochmals. Der Raub an den Inflationsopfern sei in so unverständlicher Hast erfolgt, daß es der Reichstagsbruderei nicht einmal möglich sei, die Anträge so schnell zu drucken.

Präsident Ebert teilt mit, daß die Kompromissparteien einen Ezentualantrag für den Fall der Annahme des völkischen Antrags auf Aussetzung der Verkündung des Aufwertungsgesetzes um 2 Monate eingebracht haben, in dem verlangt wird, daß das Gesetz für die Aufwertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen für dringlich erklärt wird.

Das Haus nimmt dann eine Abstimmung vor und lehnt dabei unter anderem ein Antrag Korsch (Komm.) auf Abweisung der Vorlage an den Aufwertungsausschuß gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Völkische ab. Der auch in dritter Lesung wieder eingebrachte Antrag Reil (Soz.), den Aufwertungsbeitrag für Hypotheken von 25 auf 40 Prozent zu erhöhen, wird in namentlicher Abstimmung mit 244 gegen 181 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Die Einzelabstimmung erbrachte unter Ablehnung aller Anträge der Opposition von der kompakten Mehrheit der Kompromissparteien die Aufrechterhaltung der Kompromissvorlage.

Vor der Schlussabstimmung über das Hypothekenaufwertungs-gesetz gibt der Abg. Reil (Soz.) unter Beifall der Linken nochmals eine Erklärung ab, die sich scharf gegen die Kompromissabstimmung ausspricht. Er beantragt, die Schlussabstimmung namentlich vorzunehmen. Er unterstützt auch den völkischen Antrag auf Herbeiführung eines Volksentscheides über die Aufwertung und erklärt, selbst wenn der Reichstag beschließen sollte, das Gesetz als dringend zu beschließen, steht es dem Reichspräsidenten frei, einen Volksentscheid herbeizuführen. (Beifall links.)

Abg. v. Bismarck (D.) erklärt noch einmal, daß seine Partei dem Gesetz nicht zustimmen könne, da es in den Beratungen keine Verbesserungen erfahren habe. (Beifall links.)

Abg. Serat (D.N.): Wir halten es unter unserer Würde (Gelächter links.) auf die rein demagogische und agitatorische Haltung der Sozialdemokraten einzugehen. Die Wahrheit wird sich von selbst durchsetzen. (Beifall rechts, Gelächter links.)

Abg. Seiffert (Völkisch) unterstützt den sozialdemokratischen Antrag auf namentliche Schlussabstimmung. Die Völkischen hielten die Vorlage für die Aufwertung der Hypotheken für verfassungswidrig, sobald für ihre Annahme eine Zweidrittelmehrheit erforderlich wäre.

Abg. Dr. Korsch (K.) erklärt, daß die Kommunisten die gegenwärtigen Vorläge ablehnen und darüber hinaus dem Antrag auf Aussetzung der Verkündung des Gesetzes zustimmen würden.

In der namentlich vorzunehmenden Schlussabstimmung stimmt das Haus mit 230 gegen 197 Stimmen bei einer Enthaltung der Kompromissparteien des Gesetzes über die Aufwertung der Hypotheken und sonstigen Ansprüchen zu.

Die Beratungen werden hierauf nach 9 Uhr abends auf 20 Minuten vertragen, um den Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem völkischen Antrag auf Aussetzung der Verkündung des Gesetzes zu geben.

Um 10 Uhr eröffnete Präsident Ebert wieder die Sitzung und teilt auf Wunsch mit, daß das Hypothekenaufwertungs-gesetz nur mit einfacher Mehrheit, nicht mit Zweidrittelmehrheit, angenommen werden ist.

Abg. Dr. Reil (Soz.) begründet seinen Antrag auf Aussetzung der Verkündung des Hypothekenaufwertungs-gesetzes um 2 Monate. Abg. Bredt (N. Bau.) wendet sich gegen die Auslegung des Abg. Reil, der dem Reichspräsidenten die Verantwortung für die Aufwertungs-gesetze aufheben wolle. Der Reichspräsident brauche zur Verkündung des Volksentscheides Gegenzeichnung eines Staatsministers und den Staatsminister wolle er sehen, der in diesem Falle gegenzeichne. Es müsse endlich einmal Schluss mit den Beratungen über die Aufwertungsfrage gemacht werden.

Abg. Koch-Weser (D.) erklärt, daß die Demokraten den Antrag auf Aussetzung der Verkündung des Aufwertungs-gesetzes nicht unterstützen würden. Die vorliegende Materie eigne sich nicht zum Volksentscheid. Es sei untragbar, die Entscheidung über die Aufwertungsfrage nochmals um einige Monate hinauszuschieben, das würde die internationalen Kreditbeziehungen Deutschlands auf das Schwerste gefährden.

Abg. Dr. Korsch (K.) besteht auf der Aussetzung der Gesetzesverkündung, um dem Reichspräsidenten Gelegenheit zu geben, sein den Sparrern gegebenes Wort zu erfüllen.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag auf Aussetzung der Gesetzesverkündung mit 169 gegen 249 Stimmen angenommen.

Präsident Ebert stellt fest, daß damit die erforderliche Zahl von 2/3 erreicht ist.

Der Kompromissezentualantrag, das Aufwertungs-gesetz dringlich zu beschließen, wird dann in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Demokraten angenommen.

Damit ist der Antrag auf Aussetzung der Verkündung des Gesetzes gegenstandslos geworden und das Gesetz dürfte nunmehr umgehend verkündet werden und in Kraft treten.

Um 10 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. Dritte Beratung des Gesetzesentwurfs über die Abfindung öffentlicher Ansehen.

Der Kampf um die Aufwertung im Plenum des Reichstages hat damit ein Ende gefunden, ohne daß die Schuldner befriedigt wären. Die letzte Möglichkeit, ihren Wünschen zu entsprechen, lag in der verfassungsmäßigen zulässigen Verschiebung der Verkündung des Gesetzes um 2 Monate. Der Reichstag hat dieser Verschiebung mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten, Völkischen und einem Teil des Zentrums (mit 169 zu 249 Stimmen) zugestimmt, sobald die letzte Entscheidung, ob die sogenannte Aufwertung der Restparteien Gesetzeskraft erhält oder nicht, bei dem Reichspräsidenten liegt. Er kann von sich aus die Verkündung des Gesetzes aussetzen, braucht diese

Verschiebung aber nicht vorzunehmen, wenn der Reichstag das betreffende Gesetz für dringend erklärt. Letztlich haben die Deutschnationalen und die anderen Regierungsparteien es fertig gebracht, diese Dringlichkeit zu bestätigen. Auch der Reichstag hat diese Bestätigung am Mittwoch abend vollzogen, noch bevor das Gesetz im Plenum des Reichstages überhaupt angenommen war.

Der Reichspräsident, dem in letzter Stunde die Entscheidung zugehoben war, und der sich endlich als er die eingepreiste „Netter“ hätte offenbaren können, dürfte in dem zur Debatte stehenden Fall von keinem ihm verfassungsmäßig zustehenden Rechte Gebrauch machen. Es handelt sich doch um die Vermögen der Armen. Was kümmert das den von den Reichsparteien erforenen Reichspräsidenten. Er tut, was seine Auftraggeber wünschen und er dürfte daher weder die Verkündung des Gesetzes aussetzen, noch von sich aus einen Volksentscheid über die Aufwertung durchzuführen. — Das ist der vielgepriesene „Netter“.

Der „Vorwärts“ schreibt: „Was wird der Reichspräsident tun? Diejenigen, die ihre Hoffnungen auf ihn gesetzt hatten, werden sehr rasch enttäuscht sein. Wir vertragen kein Geheimnis, wenn wir erklären, daß das „Reichsgesetzblatt“ mit dem Aufwertungs-gesetz schon unter der Presse ist und daß die Verkündung durch den Reichspräsidenten schon so gut wie eine vollzogene Tatsache ist. Damit endet der Prozeß des Aufwertungs-gesetzes wie er begann, als ein großer kapitalpolitischer Schwindel. Der Kampf um die Aufwertung hinterläßt auf der rechten Seite, bei denen betrogenen Anhängern ein großes Feld zerfallener Illusionen, die aus einem blauen Traum erwacht sind, um sich in der barten Wirklichkeit langsam auzulösen zu finden. Sie werden erkennen, daß Deutschland eine demokratische Republik ist und nichts anderes mehr sein kann und daß es auch für sie gilt, in dieser Republik den Kampf gegen den Geist des Großkapitalismus zu führen, der bei der Verschiebung des Aufwertungs-gesetzes ein Pyrrhussieg erlitten hat.“

Die Antwort an Briand

Beratungen des Reichskabinetts

WTB. Berlin, 15. Das Reichskabinett ist heute vor-mittag 11 Uhr zu der angekündigten Beratung der Antwort auf die französische Note vom 16. Juli betr. den Abschluß eines Sicherheitspaktes zusammengesessen. In der Sitzung, die bis gegen 2 Uhr nachmittags andauerte, hat sich das Reichskabinett auf den Entwurf der Antwort geeinigt. Die Schlussabstimmung wird erfolgen, sobald die Fälligkeit der dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages und den Vizepräsidenten der Länder mitgeteilt ist.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt über die gestrige Kabinettsitzung und den Entwurf der Antwort an Briand: „Drei Punkte kommen bei der Beantwortung der Briand'schen Note in Betracht: 1. Die Frage des Eintritts in den Völkerbund. Deutschland ist dazu bereit und hat es bereits in seinem Memorandum vom September v. J. ausgesprochen. Allerdings hat es einige Voraussetzungen daran geknüpft, u. a. eine Klärung über den in demselben Artikel 16 der Völkerbundsatzung, der das Durchmarschgebiet betrifft.“

2. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund kann praktisch erst dann erfolgen, wenn die Räumung des Ruhrgebietes der Sanktionsstädte Düsseldorf, Duisburg und Rubroert und der ersten (Köln) rheinischen Zone vollzogen ist.

3. Die Briand'sche Antwortnote hat die Grundlagen des deutschen Garantievorschlages wesentlich erweitert und eine Reihe neuer Probleme in die Debatte geworfen. Fragen, die erst nach einer juristischen Klärung bedürfen. Dazu gehören insbesondere die Punkte 4 und 6 der Briand'schen Note, in denen von Sanktionen und von der Möglichkeit einer einseitigen Garantieleistung und von der Abgabe eines einseitigen Versprechens von Frankreich gesprochen wird. Kurz, mündliche Verhandlungen werden notwendig sein, um besten eine Konferenz, um zur Klärung all der kritischen Probleme zu kommen.

Den Blättern zufolge wird Reichskanzler Dr. Luther heute im Laufe des Tages die Führer der Parteien zu einer Aussprache über die deutsche Antwortnote auf den Sicherheitspakt einladen. Auch die Parteiführer der Demokraten und Sozialdemokraten sind geladen. Wie der „Vorwärts“ meldet, ist die Abfindung der Note für Samstag in Aussicht genommen. Die Veröffentlichung der Note werde gleichzeitig in Berlin und Paris am Dienstag erfolgen.

Räumung des Ruhrgebietes

Essen, 15. Juli. Ueber die im Gange befindliche Räumung des Ruhrgebietes erhalten wir folgende Nachrichten: Die Stadtverwaltung von Herne teilt mit, daß Herne am 16. Juli geräumt wird. — Aus Sattinagen wird gemeldet, eine Kompanie der französischen Besatzung ist in der vergangenen Nacht abgerückt. Die Angehörigen der Truppen haben Sattinagen verlassen. Sämtliche Wohnungen sind der Stadt zurückgegeben worden. Die vollständige Räumung Sattinagens ist gegen Ende der Woche zu erwarten. Die Truppen kommen nach Ludwigshafen. — Aus Düsseldorf wird berichtet: Die Besatzung von Düsseldorf hat die Waffen der zivilen Bevölkerung, soweit diese noch vorhanden waren, an die Stadtverwaltung zurückgegeben. Die Waffen dürfen vor dem 15. 8. nicht ausgehändigt werden.

„De Beulle“, des Organ Völkischer, schreibt zu der bevorstehenden Rückkehr der belagerten Besatzungstruppen aus dem Ruhrgebiet in ihre belgischen Garnisonen: „Damit geht ein Abenteuer zu Ende, das so viele Leiden und so viele Verletzungen in Belgien und in Deutschland hervorgerufen hat und die Wiederherstellung des Friedens in gefährdender Weise verzögerte. Die Räumung der Ruhr stellt einen Sieg der demokratischen Ideen und des Friedenswillens über die Mächte des Krieges dar. Sie wird bei allen mit Freunden begrüßt werden, die am Wiederaufbau Europas und an der Schaffung einer wirklichen Sicherheit gearbeitet haben. Man hat allen Grund zu glauben, daß der Abmarsch der belagerten Truppen aus der Gegend von Düsseldorf wenige Tage nach der Räumung der letzten besetzten Städte des eigentlichen Ruhrgebietes erfolgen wird. Köln wird in dem Augenblick geräumt werden, in dem Deutschland alle seine Entwaflungsverpflichtungen erfüllt haben wird. Es besteht guter Grund zu der Annahme, daß dieser Augenblick nicht mehr fern ist.“

Annexion

Berlin, 16. Juli. (Eia. Fundienst.) Das Reichskabinett hat den Entwurf über die politische Annexion am Mittwoch beraten und verabschiedet. Der Entwurf wird anschließend dem Reichstag zugehen und nach Möglichkeit noch vor den Ferien dem Reichstag verabschiedet werden. Der Entwurf umfaßt nur die politischen Bezüge bis 1923. Es ist nicht anzunehmen, daß seine Verabschiedung ohne weiteres erfolgt.

Die Lage in Marokko

Paris, 15. Juli. (Eia. Bericht.) General Kaulens, der neue Oberbefehlshaber für die Marokkofront, ist am Dienstag von Wiesbaden aus nach Nordafrika abgereist. Er wird nach seiner Ankunft sofort das Kommando der Truppen übernehmen. — Der Marokko-Korrespondent des „Matin“ teilt mit, daß Abd el Krim am Sonntag ein offizielles Friedensangebot gemacht worden ist, das aber abgewiesen wurde. Trotzdem soll der Versuch, offizielle Verhandlungen einzuleiten, von Frankreich und Spanien in nächster Zeit fortgesetzt werden.

Paris, 15. Juli. Das von der Marokko-Front besetzt. In der Nacht zum 13. Juli habe der Feind einen heftigen Angriff gegen den französischen Posten von Ain-Bab-Asifa, 6 Kilometer nordöstlich von Zeroual, unternommen und gleichzeitig eine Bewegung gegen die französische Stellung in Skiffa, 6 Kilometer südöstlich von Zeroual ausgeführt, die vorher heftig beschossen worden sei. An beiden Stellen sei der Feind unter schweren Verlusten zurückgeschlagen worden.

„Echo de Paris“ meldet aus Anancy: Das 27. Bataillon der Alpenjäger, das dort stationiert ist, wird nach Tunis verlegt, um Truppen zu ersetzen, die sich nach Marokko begeben werden. — Ferner teilt das Blatt mit, daß der Kriegsminister beschlossen habe, Freiwillige für Marokko einzustellen.

Paris, 16. Juli. (Eia. Fundienst.) Die Blätter melden, daß neue Truppentransporte in Stärke von einem Armeekorps auf dem Transport zum Arienschauplatz usw. unterwegs sind. Inzwischen haben sich 12 amerikanische Bieger zum Kampf gegen Marokko zur Verfügung gestellt. Ihr Angebot wurde von der französischen Regierung angenommen.

Todesurteile gegen die mecklenburgischen Zementmörder

Schwerin, 15. Juli. Das Schwurgericht sprach gestern nach sechsstündiger Verhandlung das Urteil in dem Prozeß wegen Ermordung des Angestellten Helmuth Holtz aus Berlin. Das Urteil des Schwurgerichts lautete gegen den Maurer Hoyer und Landarbeiter Kalla wegen gemeinschaftlichen Mordes auf Todesstrafe, gegen Oberleutnant Schöler wegen Anstiftung zum Mord auf Todesstrafe und wegen Anstiftung zum Mord auf 3 Jahre Zuchthaus, gegen den Landwirt Niezka wegen Anstiftung zum Mord auf Todesstrafe, gegen den Verwaltungsanwärter Baaner wegen Nichtanzeige eines schweren Verbrechens auf 2 Jahre Gefängnis und gegen den Bäcker Wistow wegen Mordes auf 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis. Die Defensivität war während der Verhandlungen und bei der Verkündung der Urteilsbegründung „wegen Gefährdung der Staatssicherheit“ ausgeschlossen.

Aufhebung des Passivums im Verkehr mit Desterreich

Wien, 15. Juli. An unrichtiger Stelle wird die Meldung von einer Vorbereitung der Aufhebung des Passivums im Verkehr mit Deutschland bekümmert. Der Termin der Aufhebung ist noch nicht bekannt.

Die Lage in der Schmuckindustrie

Eine Niederdemonstration der Arbeiterschaft

Aus Florenz wird berichtet: Der Arbeitgebersverband hat mit seinem Bluff eine unzulässige Niederlage erlitten. Seine Aufforderung an die Arbeiterschaft, gestern morgen in die Betriebe zurückzukehren, andernfalls sie als entlassene zu betrachten seien, hat lediglich den Erfolg gehabt, daß gestern die gesamte Arbeiterschaft zu einer gewaltigen Demonstration auf dem Turinplatz zusammentrat, um dann in endlos langem Zuge durch die Stadt zu marschieren. Es mögen wohl schätzungsweise an die 20 000 Menschen gewesen sein, die sich daran beteiligten. Der Tag hat ihnen und der gesamten Defensivität geführt hat. Die gesamte Arbeiterschaft in einer tiefen Bewegung unter Führung der Gewerkschaften in mühsamster Disziplin auf der Straße, durchdrungen von einem Willen: Durchhalten bis zum Siegel! Zehntausende haben aus die „nationalen“ Herren der Industrie hungern lassen, heute hungern wir, wenn es sein muß, einmal für uns und unsere Kinder! Das war der unsichtbare, aber alle beherrschende Wille der proletarischen Massen, der Arbeiterbataillone, unter deren Schritt die Straßen erzitterten. Das war das festeste Bewußtsein Antis des Proletariats, bewußt seiner Macht, die schon oft von den sogenannten „Nationalen“ totgeschwiegenen Arbeiterbewegung, die in der Geschichte der Vorbeimer Arbeiterbewegung unvergessen bleiben wird.

Auf dem Turinplatz stand Kopf an Kopf eine kaum abzählbare Menge. Kollege Samann feierte die Einheit und Solidarität der Arbeiterschaft. Heute sei eine Schlacht gewonnen worden, die den Unternehmern vor Augen führe, wohin die Politik des Arbeitgebers führen müsse. Die Arbeitgeber treiben gegenwärtig Schmutzkonflikte auf Kosten der Arbeiter. Die Reichsregierung habe bereits fordere, ob Verhandlungsmöglichkeiten vorhanden sind. Die Gewerkschaften lehnten es nicht ab, sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Die Taktik des Arbeitgebersverbandes habe der Arbeiterschaft gezeigt, wohin ihr Weg gehen müsse: hinein in die Gewerkschaften. Kollege Samann teilte dann noch mit, daß in Hanau ein Schiedspruch gefällt wurde, der bis Mitte September 08 Wia. und von da ab 70 Wia. Stundenlohn vorsieht. An anderen Stellen sprachen noch die Kol. Schäffle, Berdner und Kubin, deren Ansprachen ebenfalls in draulenden Hochrufen ausklangen.

Nach Schluß der Versammlungen formierte sich ein endloser Demonstrationszug, voraus einige Redner, der seinen Marsch durch das „Devilsviertel“, die Güterstraße, über die Bahn über das Sanktveit nach den Geschäftsräumen des Arbeitgeberverbandes nahm und sich auf dem Turinplatz auflöste. Die mitgeführten Plakate forderten zum Eintritt in die freien Gewerkschaften und zum Ausbrennen des Schieds auf. Unausführlich erklärten Kufel: Nieber mit den Hindenburgfabrikanten, der kapitalistischen Ausbeutung und der Hungerpolitik des Dr. Simon und Sachse auf die Solidarität der Arbeiterschaft. Alles vollzog sich in musterhafter Ordnung und Ruhe, ein Beweis, daß die Führer die Massen fest in der Hand haben und die Arbeiterschaft Vertrauen zu ihrer Führung haben.

Das Schindluderspiel in der Aufwertungsfrage

In der Aufwertungsfrage wird unter der Führung der Luther-Stresemannregierung sowie der Deutschnationalen und der Volkspartei mit den seit Jahren Hoffenden und Horrenden ein Spiel getrieben, das einfach unerhört und nur dann verständlich ist, wenn man sich gleichzeitig erinnert, daß gerade die Masse der Geschädigten wie eine Schafherde bei den letzten Wahlen hinter den genannten Parteien und ihren bewußt verlogenen Versprechungen hergelaufen ist. Warum denn, sagen sich die Deutschnationalen und die Volksparteier, auf Bewältigung der Krise Rücksicht nehmen oder gar ihre Interessen wahren, die, wie die Erfahrung bei den letzten Wahlen gezeigt hat, selbst auf den freisten und handreichlichsten Wahlstimmenmarkt glatt hereinfallen. Sind die guten Leute doch sogar auf den Hummel hereingefallen, daß Herr v. Hindenburg als Reichspräsident helfen werde. Mochten wir Sozialdemokraten noch so lebhaft und eindringlich warnen, die Mehrzahl der geschädigten Sparer wollte nicht hören; sie liefen den großmäuligen Versprechungen nach und wickelten nunmehr zum Dank von den nationalen Parteien höhnisch zum Narren gehalten. In welchem Maße das geschieht, das beweist recht anschaulich eine Zuschrift eines Reichstagsabgeordneten an das „Berliner Tageblatt“, die diesen Wortlaut hat:

In diesen Tagen soll die Entscheidung über die Aufwertung der alten Anleihen fallen. Es ist bisher wohl auch kein Versuch gemacht worden einmal nachzudenken, was die derzeitigen Regierungsparteien den Besitzern von Reichsanleihen wirklich bieten. Anleihebesitzer, die ihre Anleihen erst nach dem 1. Januar 1920 gekauft haben, im Vertrauen darauf, hiermit doch wenigstens einen Teil ihres Vermögens aus den Inflationstürmen zu retten, sollen mit 2½ Prozent Austauschanteilen abgefunden werden, die erst nach Beendigung der Dawes-Verpflichtungen, also nach etwa 35 Jahren, vergütet werden. Unter der Annahme, daß die Austauschanteile nach 35 Jahren wirklich auf pari steht, also volle 2½ Prozent des Nominalwertes der alten Anleihen erbringt, was noch keineswegs sicher ist, ergibt die Nachrechnung, daß diese Erfolgeanteile einen Gegenwertwert besitzt von 0,226 Prozent, wobei der Zinseszinsrechnung ein Zinsfuß von 14 Prozent zugrunde gelegt wurde, wie er heute von den Großbanken gefordert wird. Die Regierungsparteien bieten also den derzeitigen Besitzern für je 1000 M Reichsanleihe 226 Pfennig Gegenwertwert. Es ist doch wirklich schade um die vielen Worte, die im Reichstag wegen einer solchen Lappalie geredet werden. Es wäre richtiger offen zu bekennen: „Wir sind zwar sehr national, aber wollen doch die Inflation als Vorwand benutzen, um den ausgeschütteten Mittelstand auch um die Reste seines Vermögens zu bringen.“

Also 26 — in Worten geschrieben sechsundzwanzig — Pfennig erhält der glückliche Besitzer von Reichsanleihen, d. h. wer 10 000 M einst hinein gebuhlet hat, rettet gerade noch 2,60 Reichsmark in — 35 Jahren. So haben die Deutschnationalen, die Volksparteier unter Mithilfe auch des Zentrums den armen und verarmten Sparern „geholfen“. Und Herr v. Hindenburg, der „Ketter“, wird seinen Namenszug auch unter diese Gesetzesmacherei legen und seinen Namen nicht erlösen, sondern persönlich keinen Vorwurf daraus, denn nicht er, sondern Reichsregierung und Reichstagsmehrheit machen die Gesetze. Wir wollen dem Volke nur erneut zum Bewußtsein bringen, in welche klamauer und sich selbst schwer schädigende Weise sich solche Teile der Wählererschaft hinter die Fassade stellen und von den nationalen Parteien betrügen lassen. Wird die bittere Lehre bei ihnen viel nützen? Wir glauben es offen gestanden nicht. Bei der nächsten Wahl wird ein anderer Schwindel aufs Tapet gebracht und die Leser der bürgerlichen Presse werden abermals hereinfallen, wie sie es bisher getan haben.

Aus dem Freistaat Baden

Die freundlich lächelnden Mienen des Großherzogspaares

Daß diese freundlich lächelnden Mienen eines ehemaligen Fürstentums sogar den Sonnenschein ersetzen können, das wußten wir bis jetzt noch nicht. Die „Badische Kriegszeitung“ sagt es aus! Sie berichtete kürzlich über eine Tagung des Markgräfler Kameraderes in Badenweiler, der auch der spätere Großherzog mit seiner Frau bewohnte. Da heißt es nun:

Der Großherzog Friedrich redete mit jedem einzelnen der zahlreich anwesenden Kameraden in längerer Ansprache gültige Worte, die unsere Kameraden, gleich dem an jeden gegebenen kräftigen Handschlag, hoch erfreuten.

Nun ja, warum soll der alte Vagantismus der meisten Deutschen nicht gelegentlich wieder auflieben? Menschenwürde und Männerstolz vor Königskronen sind immer noch rare Besitztümer mancher Staatsbürger.

Nun war aber das Wetter in Badenweiler an diesem Tage gar nicht königlich oder großherzoglich. Jedoch der Verfasser des „Hofberichts“ tröstete sich:

„Trotz des schlechten Wetters und des mitunter einsetzenden heftigen Regens, ließ es sich der Großherzog nicht nehmen, auch den Festplatz zu besuchen. Die Großherzoglichen Herrschaften wohnten unentwegt dem Festakt bei. Ihre freundlich lächelnden Mienen erhellten uns das neidisch verüllte Sonnenlicht.“

Wenigstens ein Trost! Schien auch die Sonne nicht und regnete es in Strömen, so war doch wenigstens der frühere Großherzog da! Mehr kann man von Kriegervereinsmitgliedern doch nicht verlangen.

Verfasser dieser persönlichen Anhemlung ist der Bundespräsident, General Anhäuser in Karlsruhe. Er kann auf diese journalistische Leistung, die einem Zeitungschmuck alle Ehre machen würde, stolz sein.

Herr Baron von Stögingen wird niedriger gehängt

Durch die Zentrumspreffe geht ein Artikel mit der Überschrift „Niedriger hängen“, der sich mit Auslassungen des katholischen Barons v. Stögingen beschäftigt, die dieser auf dem Feste des 40jährigen Bestehens des Badischen Bauernvereins in Freiburg getan hat. Der Herr Baron

ist zweiter Vizepräsident des Bad. Bauernvereins und als solcher hielt er es für nötig, nach verschiedenen anderen Ansprüchen auch seinerseits einige baronliche Weisheiten von sich zu geben. Er benutzte die Gelegenheit, um den Linkspartheien einige Siege zu versetzen. Dabei sprach der Herr folgenden Satz aus: „Wo sind die 2 Milliarden, die das Reich im Jahre 1924 zu viel erhoben hat, hingekommen? Ich nenne Barman-Hölle. Die Korruption hat diese Summen verschlungen.“

Auf diese Anzuspinnungen hin wurden dem adeligen Kästler schon aus der Versammlung heraus ein „falsch“ zugerufen; er erfuhr dann durch den Präsidenten Weisshaupt die nötige Belehrung und Zurückweisung.

Wie nun die Zentrumspreffe mitteilt, ist es jetzt schon das zweite Mal innerhalb eines Monats, daß Herr v. Stögingen unliebsam von sich reden macht. Offenbar ein „Ketter“ schreibt dann dem Herrn Baron v. Stögingen folgendes ins gräfliche Stammbuch:

„Baron spricht der Herr Baron nicht gegen Sinnes, gegen den Barman in seinem Geschäftsgehären der reinste Barman ist? Warum spricht der Herr Baron nicht von der preußischen Hypothekensankt, bei der seine Gefinnungsgeossen so schwer begelegt sind? Und wenn der Herr Baron von der Korruption der Republik spricht, hat es im alten Regime keine Korruption gegeben? Darf man an die von Erzberger aufgedeckten Börsen- und Zipselstich-Affairen erinnern? Darf man, um im Land zu bleiben, die Fälle Weinger-Karlsruhe, Friedrich-Durlach, Schott-Offenburg nennen? Ich nenne nur diese drei Fälle, weil die Betroffenen besondere Günstlinge S. R. G. des Großherzogs gewesen sind und weil sie dem Herrn Baron so gut wie mir in Erinnerung sein können. Also auch in der Monarchie hat es Korruption gegeben. Nur konnten die damaligen unter liberalen Schutz stehenden Verbrechen die Sache länger verbergen als im neuen Staat. Die wiederholten Entgleisungen des Herrn v. Stögingen zeigen, daß infolge wegenommener Vorzugsrechte gekränkter Ehre sehr leicht die Wirkung einer guten Erziehung beeinträchtigen kann.“

Zentrumspreffe, kath. Adel und Bauernschaft

Durch die badische Zentrumspreffe ging in den letzten Tagen ein interessanter Artikel, in dem über „bemerkenswerte Vorgänge“ im Zentrumspreßwesen u. a. das folgende ausgeführt wird:

„Der Übergang der „Freien Stimme“ in Badolzell, eines Parteiblattes des Zentrums, in die Hände einiger der Herren des Bodensee-Adels und Industrieller unter finanzieller Führung des Herrn Grafen von Wolman, ist nach in letzter Erinnerung. Nicht unbekannt ist auch, daß finanzielle Auseinandersetzungen zwischen dem früheren Verleger und den Käufern im Gange sind. Ein ähnlicher Vorgang hat sich neuerdings auch im württembergischen Oberlande vollzogen. Die „Oberschwäbische Volkszeitung“ in Ravensburg ist aus dem Besitze des Landbesitzers durch Erwerbung der Aktienmehrheit in den Besitz des oberwürttembergischen Adels übergegangen unter Führung des Fürsten v. Wolfegg. Hier ergibt sich nun das merkwürdige Verhältnis, daß katholischer Adel, Landbau und protestantische Stadtbewohner eine gemeinsame politische Linie suchen. Auch in Westfalen ist ein in Privatbesitz befindliches Zentrumsblatt vom Adel aufgekauft worden. Auch hier hat der Adel versucht, die Aktienmehrheit in seine Hand zu bekommen, um maßgebenden Einfluß auf die politische Haltung dieses führenden Organs zu gewinnen.“

Aus all diesen Vorgängen ist ein planmäßiges Vorgehen des Adels über das ganze Reich zu erkennen. Es handelt sich im wesentlichen um Adelige mit großem Grundbesitz, die bei jeder Gelegenheit den Einbruch zu erwarten suchen, als sei die wirtschaftliche Lage des Großgrundbesitzes eine verwegene. Es bietet kein Mittel unversucht, den verlorenen Einfluß des Adels, insbesondere auf die bäuerliche Bevölkerung, wieder zurückzuhalten. Es wird an Geldmitteln nicht gepart, um diesen Zweck zu erreichen. Da die Grundbesitzer ihre Vereinfachungen im wesentlichen aus verpachteten Grund und Boden beziehen, ergibt sich die andere Forderung, daß es die Landbevölkerung wieder sein wird, die in Form von erhöhten Grundstückspreisen diese Mittel leicht ankaufbringen hat. Es ergibt sich hieraus für diese eine logische Konsequenz, und diese besteht darin, diesen Zeitungs-Unternehmungen zur Wiedergewinnung entgangener Vorrechte des Adels die Wirkungslosigkeit zu entziehen. Wenn diesen adeligen Zeitungs-Unternehmungen durch Mangel an Abonnenten und Inseraten der Boden entzogen wird, auf dem sie wachsen können, dann wird zu weiteren beratigen Unternehmungen dem Großgrundbesitz von selbst die Luft verziehen.“

Die praktische Anwendung, die die Zentrumspreffe den Zeitungslefern empfiehlt, bleibt auf halbem Wege stehen. Die Zentrumspreffe und die Zentrumspreffe sind gerade jetzt wieder in vollem Zug, dem adeligen Großgrundbesitz in Form von hohen Grundstückspreisen auf Kosten der Bauernschaft und der arbeitenden Bevölkerung, die Taschen zu füllen. Das Zentrum wird dafür dem katholischen Adel denselben Dank ernten, wie seinerzeit für den Verrat an der Bauernschaft, die durch eine energisch durchgeführte Siedlungspolitik gegen den Großgrundbesitz zu dem dringend notwendigen Adergelände zu kommen hoffte. Damals rüßte die Zentrumspreffe sich und die Zentrumspreffe des badischen Landtages, die Interessen der adeligen Großgrundbesitzer vertreten zu haben. Lange wird das Zentrum — meint mit Recht unser Singener „Volkswille“ — diese Politik nicht mehr treiben können, wenn es seinen Anfang in Bauern- und Arbeiterkreisen nicht noch ganz verlieren will.

Der Frauenüberschuß in Baden nach der letzten Volkszählung

Seitdem im Lande Baden Volkszählungen stattfinden, ist regelmäßig ein zahlenmäßiges Ueberwiegen des weiblichen Geschlechtes gegenüber dem männlichen im Land im ganzen zu beobachten gewesen. Der Ueberüberschuß bewegte sich in Vorkriegszeiten zwischen 106,2 (im Jahre 1855) als höchster und 101,7 (im Jahre 1900) als niederster Zahl. Am höchsten war der Ueberüberschuß naturgemäß im Arie; im Jahre 1916 erreichte der Ueberüberschuß die ungewöhnliche Höhe von 120,3; er beträgt nach der neuesten Zählung am 16. Juni 1923.

Interessant ist es nun, daß dieser Frauenüberschuß in den einzelnen Landesteilen ein verschiedenes ist; am meisten überwiegt das Frauengeschlecht in den größten Städten unseres Landes. So weist z. B. die Stadt Mannheim ein Mehr von 8670 zugunsten der Frauen auf, Karlsruhe ein solches von 8400; Freiburg hat 7031 mehr Frauen als Männer; für Heidelberg ist die entsprechende Zahl 4425, während in Pforzheim und Konstanz das weibliche Geschlecht um 4698 bzw. 1977 das andere überwiegt. Bemerkenswert ist — allerdings durch das Vorhandensein des Kindererholungsheimes Deutberg leicht verständlich — die ungewöhnlich hohe Zahl an Personen weiblichen Geschlechtes

in Stetten a. L. R., der weibliche Anteil an der gesamten Bevölkerung dieser Gemeinde beträgt hier über 57 Prozent; das männliche Geschlecht ist mit 666 Personen in der Minderheit. In 14 meist kleineren ländlichen Gemeinden ist die Zahl der Männer ebenso groß, wie die der Frauen.

Ein Ueberger an Frauen, also ein Ueberwiegen der Männer, findet sich bei über 500 meist ländlichen Gemeinden, besonders in der Seegegend. Ohne weiteres verständlich ist dies bei Orten, die aus irgendwelchen Gründen Männerwanderung haben. Solche Gemeinden sind z. B. Forbach, wo der Ausbau des Kurkraftwerkes eine Ansammlung von Arbeitskräften bewirkte (ein Mehr von Männern). Das weibliche Geschlecht macht hier nur 39,6 der gesamten Bevölkerung aus. Das gleiche gilt für Buggingen, wo die Errichtung des Kaliberwerkes ein Ueberwiegen der Männer mit sich brachte. Auch in Singen, um eine andere größere Industriegemeinde zu erwähnen, ist das weibliche Geschlecht in der Minderheit (— 37,8), gleiches gilt für Gaggenau (— 19,1). In einigen, lommerzell oder industriell aufblühenden Gemeinden des badischen Oberlandes ist diese Tendenz ebenfalls deutlich zu beobachten. Besonders bemerkenswert geht dies hervor in Badisch-Neuenbüren (— 34,3), Weilt (— 18,4), Bihlen (— 19,0) und schließlich Neuenburg (— 37). Auch Hornberg und als eine der wenigen Gemeinden im Amtsbezirk Mannheim, Friedrichsfeld, sind den Orten mit Männerüberschuß zuzurechnen. Im Amtsbezirk Engen zeigt sich in der Mehrzahl der Gemeinden (in 27 von 43) ein Mehr von Männern; die Zahl der Frauen bleibt hier mit 148 in der Minderheit.

Es bedarf nach einer sorgfältigen Untersuchung, auf welche Gründe diese Verschiedenheiten im Geschlechterverhältnis der Geschlechter in den einzelnen Gegenden des Landes zurückzuführen sind.

Bemerkenswertes Vorgehen gegen das Waffentragen. In letzter Zeit ist in zunehmendem Maße die Beobachtung gemacht worden, daß manche, vorwiegend jugendliche Personen, gefährliche Werkzeuge, Stiche und Stokwaffen aller Art öffentlich mit sich führen. Es gehört hierzu das Tragen von Scheintopfhüten, feststehender Mützen, Staddecken, Stäben mit Metallspitzen, Seitengewehren, Löffelkneben, Spiralfedern, Knippen aus Gummi, Holz oder Metall und von schweren Stäben und Knotenstößen. Auch wurden in den zur Wahlpropaganda dienenden Kraftwagen zweifeln Schottersteine eingegeben, in der Absicht, sich über bei etwaigen Zusammenstößen als Waffe zu bedienen. Derartig ausgerüstete Personen müssen, wenn sie sich in kleineren oder größeren Trüps in herausfordernder Weise auf der Straße zeigen, den Einbruch erweisen, als seien sie jederzeit zu Gewalttätigkeiten bereit. Da ein derartiges Auftreten eine starke Befähigung und Beunruhigung des Publikums hervorruft und eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellt, sind die Polizeibehörden angewiesen worden, auf Grund der bestehenden Bestimmungen mit aller Entschiedenheit gegen diese Mißstände einzuschreiten.

Soziales

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden

Der badische Arbeitsmarkt zeigte am 8. Juli im ganzen keine nennenswerte Veränderung gegenüber dem letzten Stichtag (1. Juli). Das Verhältnis der Arbeitsuchenden zu den offenen Stellen hat sich etwas ungünstiger gestaltet, es kamen am 8. Juli auf 100 offene Stellen 441 Arbeitsuchende gegenüber 428 vom 1. Juli. Die Abnahme der unterstützten Erwerbslosen, die teils auf Arbeitsvermittlung teils auf Aussteuerung teils auf Ablauf von Arbeitsverträgen zurückzuführen ist, war unerheblich, insgesamt hat die Zahl der Unterstützungsfälle um 22 abgenommen, so daß am 8. Juli insgesamt noch 9689 Hauptunterstützungsempfänger in Baden gezählt wurden. In der Industrie der Steine und Erden konnte der Bedarf an Arbeitskräften nicht in vollem Umfange gedeckt werden.

Der im allgemeinen immer noch gute Arbeitsmarkt in der Metall- und Maschinenindustrie zeigte ein schwaches Nachlassen der Nachfrage nach Facharbeitern einzelner Kategorien.

In der Papierindustrie (Kartonnagenfabrikation) des Karlsruher Bezirkes war der Geschäftsgang sehr reger; es machte sich Mangel an gelehrten und ungelerten Arbeiterinnen fühlbar. Der Arbeitsmarkt der Weinheimer Lederindustrie kann annähernd als gut bezeichnet werden, in der Lederwarenindustrie Industrie verfräkte sich die Nachfrage nach Sattlern und Polsterern etwas.

Die Aufnahmefähigkeit des Holz- und Schnittholzwerkes für Arbeitskräfte war nach Beendigung der Aussteuerung mäßig. In der Tabakindustrie blieb die Lage wie schon bisher schwankend.

Im Gastwirtsberufe war hochpersonal und junges männliches Bedienungspersonal gesucht, wie auch tüchtige Alleinmädchen in der Hauswirtschaft stets befragt werden.

Zur Aenderung der Invalidenversicherung

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages beschloß am Montag, den fünf Lohnklassen der Invalidenversicherung eine solche anzufügen. Die Einkommensgrenzen und Beiträge für die einzelnen Klassen wurden wie folgt festgesetzt: Klasse 1: Wochenlohn bis 6 Mark 25 Pfg. Beitrag; Klasse 2: Wochenlohn bis 12 Mark 50 Pfg. Beitrag; Klasse 3: Wochenlohn bis 18 Mark 70 Pfg. Beitrag; Klasse 4: Wochenlohn bis 24 Mark 100 Pfg. Beitrag; Klasse 5: Wochenlohn bis 30 Mark 120 Pfg. Beitrag; Klasse 6: Wochenlohn über 30 Mark 140 Pfg. Beitrag. (Siehe auch die Dienstaussage des „Volksfreund“.)

Verbandstag der badischen Hebammen

Unter Teilnahme von 220 Vertreterinnen wurde in Mannheim der Verbandstag der badischen Hebammen abgehalten, zu dem sich auch die Vorsitzende des Reichsverbandes, Mannheimer Ärzte und einige Frauenabgeordnete des badischen Landtags eingefunden hatten. Die Verbandsvorsitzende Frau Wrecht aus Karlsruhe wies in ihrer Ansprache auf die schwierige Lage der Hebammen namentlich auf dem Lande hin und hob daraufhin ab, daß auch die gefunkene Moral den Beruf der Hebammen erschwere. Forderungen auf Verringerung der Hebammen würden besonders von den Landgemeinden droff abgewiesen. Mit allem Nachdruck müsse die gesetzliche Regelung des Hebammenstandes gefordert werden. Hierzu konnte Frau W. Siebert mitteilen, daß der jetzt zu Ende gehende Landtag sich mit dem Hebammengesetz nicht mehr beschäftigen werde. Diese Rednerin gab der Ansicht Ausdruck, daß die Beaufsichtigung der Fürsorge-Einrichtungen den Hebammen übertragen werden müßte, da diese die Verhältnisse in der Familie und den Gesundheitszustand am besten kennen. Nachdem auch Frau Wg. W. Lafe über die Notwendigkeit der Schaffung eines Hebammengesetzes gesprochen hatte, wurde eine Entschließung angenommen, worin das Ministerium auf das Gland der alten Hebammen aufmerksam gemacht und aufgefordert wird, diesen sozialen Unrecht durch Anweisung an die Fürsorgeverbände abzuheben. Eine Sammlung für die notleidenden Hebammen ergab einen hübschen Betrag. Aus zur Berlesung gelangten Briefen kam das bittere Gland von alten Hebammen auf dem Lande an die weitere Beschäftigung.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 16. Juli

Geschichtskalender

16. Juli: 1890 Der Dichter Gottfried Keller in Zürich.
— 1918 Erschießung des Zaren Nikolaus II. in Zekaterinburg.
— 1924 Beginn der Londoner Konferenz (Dawes-Guthen).

Festgenommen wurden

So liest man fast täglich in den Zeitungen. Lieft es, wie eben tausend andere Menschen diese Zeitungsnotiz auch lesen. Und doch: welches bittere Leid steht oft hinter diesen kalten Buchstaben! Nicht jedem ist es an der Wiege gelungen worden, daß einstens im spätern Leben ihm Fortuna ihre Gunst entziehen und die wilden Wogen des Lebens sein Schifflein zum Scheitern bringen würden. Oft sind es nur geringe Unfälle, die ein Menschenleben im Strudel des Lebens untergehen lassen.

Ein junges Mädel, überhäufend vor Lebenslust, liebt, glaubt sich wiedergeliebt. Rät sich befören, eine Matrone, nach in Fremdes- und Freundinnenkreise lustig zu durchstollen. Die Eltern, denen eine derartige Eigenmächtigkeit nie und nimmer verständlich ist, haben in der ersten Anregung nach einer in größter Unruhe verbrachten Nacht dem Kinde die Türe geöffnet. Der Weg für diese jungen Menschenkinder ist meistens vorgezeichnet, denn in den wichtigsten Fällen finden sie die Kraft, allein dem Leben die Stirn zu bieten. Sie sinken von Stufe zu Stufe. Der Trost läßt sie das Elternhaus nicht wiederfinden, obwohl auch ein Elternherz wieder zu erobern ist, und so fallen sie nachher unter die Rubrik: „Festgenommen wurden so- und-sovieler Mädchen und Frauen wegen Umhertreibens.“ Eine vielleicht hoffnungsvolle Skizze des Lebens wird so vom ersten Sturm hinweggefegt!

Ein Familienvater: schon seit Monaten und abermals Monaten arbeitslos. Um nur traud Geld zu verdienen und nicht auf die farge Arbeitslosenunterstützung angewiesen zu sein, wird er tragend ein kleiner Vertreter oder Untervertreter, wie die Red der Zeit so viele gebiert. Tag für Tag treppauf, treppab, immer unermüdlich: der Erfolg läßt auf sich warten. Die Provisionen werden meistens erst monatlich oder jeweils nach Einzug der Gelder abgerechnet und ausgezahlt. Dieser und jener Kunde überläßt ihm nun Gelder zur Weiterleitung an seinen Unternehmer. Das Geld brennt ihm in den Fingern, denn er ist leider auch nur ein Mensch. Schon seit Monaten haben er, seine Frau und Kinder auch nur das Allernotwendigste entschuldigen müssen. Nach und nach hat er etwas mehr Erfolg gehabt, er rechnet, rechnet und glaubt von der ersten Provision ohne Aufsehen alles strotzen zu können. So sagt ein Gedanke den andern. Hier herrscht das Herz, dort das Gewissen, noch nie in seinem Leben hat er so mit sich selbst gekämpft. Der Erfolg, wie ihn seine Gedanken ausgemalt haben, ist ausgeblieben. Die nackte Wirklichkeit: der Tag der Entdeckung. Der Broterwerb unerbitlich: Festgenommen wurden so- und-sovieler Personen wegen Unterschlagung. Das Schicksal hat gesprochen.

Der Lebensweg ist in den meisten Fällen jetzt ein Dornenweg, denn wir wollen alle nur Würdiger, aber beliebt keine Hölner sein. Nicht jeder von denen, die ge-straucht, sind nicht mehr wert, als Mensch betrachtet zu werden. Nein, und abermals nein! Ein jedes gute Wort, eine Sandreicherung, ein Unterfüßen und weiten auf den rechten Weg gibt das Mensch-unter-Menschen-Geßiß wieder, und die Zeit heilt alle Wunden.

Militärischer Geist in der Kinderschule
Man schreibt uns: Unlängst ging ich an der Kinderschule, Ede Baumeister- und Ruppertstraße, vorbei. Die Kinder-schüler hatten im Garten unter Obhut zweier Schwestern einen Kreis gebildet und marschierten herum, indem sie defamieren: „So marschieren die Soldaten, bis der Hauptmann sagt Halt!“ Das „Halt“ erklang schon aus den kleinen Kehlen kräftiger als der übrige Text. Und — es wurde darauf auch gehalten. Es herrschte also schon eine gewisse Disziplin. Ich kaunte. — Mein Staunen wurde noch größer, als wenige Tage hierauf zwei Knaben einer Familie, wo ich verkehrte, ausgenann-

ter Kinder in der Schule, etwas heimbrachten, von der Schwester geschenkt. Nämlich eine Serie Papptafelfiguren, feldmar-kämpfende und herbende Soldaten darstellend. Die Kinder sollen damit spielen!
Diese Erziehung der Kinder zu Kanonenerfutter muß kritisch abgelehnt werden. Sie liegt weder im Interesse des Friedens, noch ist sie christlich, selbst dann nicht, wenn auch Diakonissen-schwwestern als Erzieherinnen in Betracht kommen. An den Eltern liegt es aber, ihr Augenmerk auf diese Erziehung zu richten und ihre Kinder mit dem Geist der Liebe zu erfüllen.

Karlsruher Sängergau

Der Karlsruher Sängergau veranstaltet am Sonntag, den 12. Juli, sein 2. Gaujüngertag, das auf Grund seiner Auf-machung vielem Interesse begegnen dürfte. Es finden in der Festhalle in Karlsruhe zwei Konzerte statt, ein Vormittags- und ein Nachmittagskonzert und es beteiligen sich hierbei 45 Vereine mit ungefähr 3000 Sängern. Der Gau wurde in fünf Gruppen eingeteilt, wovon drei vormittags und zwei nach-mittags auftreten. Die erste Gruppe mit 12 Vereinen singt zur Eröffnung den Gesang „Wanderers Nachtlied“; hieran schließen sich Einzelvorträge der 12 Vereine, deren Motto „Natur und Heimat“ zugrunde gelegt ist. Die zweite Gruppe mit 8 Vereinen befinet in Einzelsiedern „der Rhein“ und zum Schluß als Gesamtkör „Die Lorelei“. Die dritte Gruppe singt mit 12 Vereinen von „Lied und Liebe“ und als Gesamtschlus-schor „Wanderlied“ von Böllner. Die Gesamtkör dirigieren die beiden stellvertretenden Gaubirgerenten Herren Greulich und Maier. Das Nachmittagskonzert findet unter Mitwir-tung des Kantheaterorchesters und von Herrn Kammer-sänger Franz aus Stuttgart statt. Leitung der Orchesterwerke und der Gesamtkör: Bruno Kabner. Dieses Konzert setzt sich aus drei Teilen zusammen: 1. Teil: Aus der Oper „Die Zauberflöte“ von Mozart, „Koripiel“ mit Orchester, dann die Arie „In diesen heiligen Hallen“, Kammerjänger Fritz, und zum Schluß von 12 Vereinen der Gesamtkör „O Schicksal alles Schönen“. Der zweite Teil besteht aus Einzelvorträgen der vorangenannten 12 Vereine. Als dritter Teil kommen Teile aus dem Bühnenstück „Die Meisterfänger“ von H. Wagner. Zuerst das Vorspiel für großes Orchester, dann Pogner's An-sprache: „Das schöne Fest Johannisstag“. Hierauf Festsus-musik der Hölner mit dem Chören der Schuster, Schneider und Bäcker, gefolgt von 700 Sängern, anschließend „Lied der Lechbuben“ und Festsusmusik der Meisterfänger. Nach dem Gesamtkör: Was auf „es naht den Tag“ kommt die An-sprache des Hans Sachs: „Ehrt Eure deutschen Meister“ und zum Schluß der Gesamtkör: „Ehrt Eure deutschen Meister“. Heil deutsche Kunst“. Der Gesamtzuspruch des Bad. Sängergau wird an der Veranstaltung teilnehmen. Karten sind zum Preise von 2,50, 2,00, 1,50 und 1,00 M. in der Musikalienhand-lung Müller und am Sonntag selbst an der Festhallekasse zu haben. (Siehe Anzeige.)

Eröffnung einer neuen Luftlinie Karlsruhe-Basel
Gestern nachmittags wurde ein neuer Luftdienst Karlsruhe-Basel eröffnet, der von der Badischen Luftverkehrs-gesellschaft mit dem Sitz in Karlsruhe betrieben wird. Diese Woche werden zwei Kurze durchgeführt, die nächste deren vier. Nachher werden die Flugzeuge täglich kurieren und jeweils 3.10 Uhr nachmittags in Basel eintreffen und um vier Uhr nachmittags zum Rückflug starten.

(1) Erfolge der badischen Schulschützen auf sportlichem Ge-biete. Am vergangenen Sonntag und Sonntag fanden die Kreiswettbewerbe für Leichtathletik und Turnen in Darmstadt statt. Mit diesen verbunden waren gleichseitig offene Wettbewerbe für Polzeien, die nicht am Südkreis (Baden, Oberrhein, Württemberg) gebören. Aus den Kämpfen konnte die Badische Schulschützen mit äußerst guten Erfolgen hervorgehen; es wurden nicht weniger als 13 Wettbewerbe von 18 ausge-tragene nach Hause gebracht, darunter sämtliche Staffeln. Die erzielten Leistungen sind als äußerst gut zu bezeichnen.

(2) Technische Hochschule Karlsruhe deutscher Hochschül.-Zu-gang-Meister. Im Endspiel um die deutsche Hochschülmeister-schaft im Fußballspiel siegte am Sonntag in Hannover die Mannschaft der Technischen Hochschule Karlsruhe gegen die Tech-nische Hochschule Hannover mit 4:3 Toren (1:2).
3. Der Gesangsverein der Nähmaschinenfabrik von Junker u. Busch hatte seine Sängerkör auf 4. und 5. Juli zu einem Sängertreffen nach Heilbronn und zurück über Heidelberg ein-geladen. Trotzdem die geplante Redarschiffahrt von Heilbronn bis Heidelberg wegen niederen Wasserstandes nicht ausgeführt werden konnte, kann die Veranstaltung doch als wohlfelungen bezeichnet werden. Samstag früh 7 Uhr ging die Fahrt in besonders geheizten Wagen 3. Klasse nach Heilbronn. Hier angekommen, ging es zu Fuß unter den Klängen des Wander-liedes „Das Wandern ist des Müllers Lust“ nach dem Hotel „Falken“, wo man in jeder Bestehung auf aufgenommen war.

In noch zwei weiteren Hotels war für Schlafgelegenheit Sorat getragen. Am Sonntag früh war alles zur festgesetzten Zeit am Bahnhof, wo uns die Bahn dem schönen Redaral entlang nach Heidelberg brachte. Nach dem Mittagessen in Essighaus erfolgte die Stadtbefichtigung, u. a. auch das Geburtshaus unseres verstorbenen Reichspräsidenten. Im Hofe dieses Hauses wurde ein Lied gesungen. Bei dieser Angelegenheit ergriff unser Mitglied Herr Rump das Wort zu einer ergreifen-den Ansprache und mancher Sangesbruder konnte eine Träne nicht unterdrücken. Anschließend wurde noch ein weiteres Lied gesungen, sodas sich der Aufenthalt zu einer erhebenden Feier gestaltete. Nachmittags war noch gemütliches Beisammensein im Essighaus, wobei noch manche schöne Weise gesungen wurde. Um 7 Uhr erfolgte die Rückfahrt nach der Residenz, wo noch das Vereinslokal zur Bavaria aufgesucht wurde. Von hier aus trennte man sich mit der Ueberzeugung, zwei schöne Tage hinter sich zu haben.

(1) Rubeförderung in der Südstadt. Man schreibt uns: Seit einiger Zeit nehmen die Rubeförderung zur Nachtzeit durch Betrunkene auf der Ruppertstraße zu überhand, das es an-gesamt erscheint, auf diesem Wege die Polizei darauf aufmerk-sam zu machen. Am tollsten wirds immer am Wochenende, so z. B. gröhste am Samstag nach Mitternacht von 1—43 Uhr eine Anzahl männliche und weibliche Personen vor den Ge-bäuden der Eisenbahnerbauergesellschaft, sodas ein Weiter-schleifen unmöglich war.

Stadtsantkonzerte. Das von der Feuerwehrruppe für das Stadtsantkonzert am Freitag, den 17. d. M., abends von 8—10½ Uhr, ausgewählte Programm verspricht einen be-sonderen Genuß. Unter der Devise „Konzert alter Meister“ hat Musikdirektor Zrzgana eine Fülle schöner deutscher Ton-werke zusammengestellt, aus welchem besonders Werte von Mendelssohn, Mozart, Beethoven, Schumann, Brahms usw. her-vorragend. Der Besuch des Konzerts kann nur bestens em-pfohlen werden.

Veranstaltungen des heutigen Tages

- Wiener Operettenspiele im Konzerthaus: „Gräfin Mariza“, 7½ Uhr.
- Kaffee Odeon: Künstler-Konzert mittags und abends.
- Palast-Theater: „Onkel James Erben“.
- Gesellschafts-Künstlerpiel: Jeden Abend 8½ Uhr Kabarett mit Künstlerspielen in seinem Stil.
- Kaffee Bauer: Konzert nachmittags und abends.
- Central-Theater: „Die Liebesbriefe der Baronin S.“

Aus der Stadt Durlach

Die Boden. In de ungemeldeten Bodenfall wird noch be-richtet: Die an Boden erkrankte Frau ist wohnhaft in der Kilsfeldsiedelung; durch die größere Entfernung dieses Stadteils von Durlach-Aue ist die Gefahr der Anstel-lung nicht so groß für die Bevölkerung. Die erkrankte Frau selbst wurde bereits am Freitag in die Bodenbarade des städt. Krankenhauses in Karlsruhe verbracht, ebenso mußten sich die Angehörigen der Erkrankten zur Beobachtung auf die Bodensta-tion des Karlsruher Krankenhauses begeben, wo sie verblei-ben mußten, bis mit Sicherheit angenommen werden kann, daß sie nicht mit Bodengift infiziert sind.

Aus der Partei

Zulzenhofen. Samstag, 18. Juli, abends 8.30 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung im Parteilokal (Girich) statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung wird um vollständiges Erscheinen ersucht.

Rohrplattenkoffer
Ueberseekoffer
Kabinenkoffer
Coupekoffer
Leder-Reisetaschen
Offenbacher Lederwaren
Beste Fabrikate
Geschw. Lämmle
Telefon 1451 51 Kronenstrasse 51 1451
Spezialgeschäft für Reiseartikel und Lederwaren.



Reste enorm billig

Sammet- und Seidenstoff-Reste jeder Art.	Woll- und Wäschstoff-Reste jeder Art.	Leinen- u. Baumwollwaren-Reste jeder Art.
--	---	---

Schuhwaren • Einzelpaare
Damen-Stoffschuhe, Schuß, Spongen u. Pumps, in schwarz, weiß und braun Paar 4.50 3.50
Damen-Schuhe, in braun, schwarz u. lackleder, in drei Ausführungen je Paar 14.50 12.50

Gardinen-Reste
Läuferstoff-Reste
Möbelstoff-Reste
Linoleum-Reste

Tietz

Beachten Sie
Montags
Freitags
Inserate
Schorpp
Wäscherei und Wäschefabrik.

Karlsruher Polizeibericht vom 16. Juli

Unfall. Gestern nachmittag stießen Ede Stefanien- und Weidenstraße zwei Radfahrer gegen einander, wobei der eine, ein 16 Jahre alter Materlehrling von hier, stürzte und das Rad neben sich ließ.

Diebstahl. Auf einer Sühnbank am Schloßplatz stahl vorgestern Abend ein noch unbekanntes Mädchen einem durchreisenden Kaufmann aus der Brusttasche die Brieftasche mit 850 französischen Franken, darunter einen 500 Franken-Schein.

Zusammenstoß. Ede Riefstahlstraße und Kaiser-Allee habe gestern nachmittag ein 52 Jahre alter schwerförmiger Radfahrer von Weisshausen in einen von Weisshausen kommenden Personenkraftwagen und wurde vom Rade geschleudert.

Wäluta

nach dem Berliner Kurs vom 15. Juli 1925. Belgien 19.49 M per 100 belg. Fr.; Holland 168.16 M per 100 fl.; Spanien 60.48 M per 100 Pes.; Schweiz 81.46 M per 100 schw. Fr.;

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Freitag, 17. Juli: Keine wesentliche Änderung. Wasserstand des Rheins Schutterinsel 150, gef. 6; Rehl 200, gef. 4; Ragau 416, gef. 6; Mannheim 296, gef. 13 Zentimeter.

Gewerkschaftliches

Von der Bewegung der Bankangestellten

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, ist der Schiedspruch vom 7. April 1925, der die Verlängerung des Manteltarifs für das Deutsche Bankgewerbe bis zum 31. Dezember 1925, sowie eine 11prozentige Gehaltserhöhung bis zum 31. August 1925 vorsieht, mit Wirkung vom 1. April 1925 für allgemein verbindlich erklärt worden.

Kleine badische Chronik

Heasfeld. In unserer letzten Bekanntmachung betr. der Geschäftsleute, die den „Volkstempel“ besitzen, wurde irrtümlicherweise die Bäderlei von Heinrich Erb verlesen. Wir bitten die betroffene Arbeiterschaft, auch dieses Geschäft berücksichtigen zu wollen.

vor Strafe sein. — Der Kinderopferstag brachte das schöne Ergebnis von ungefähr 13 000 M zusammen.

Mannheim. Der Schnellzug D 173 Basel-Holland (Mannheim an 1.43 nachts) ist in der Nacht von Samstag auf Sonntag bei der Einfahrt in den Hauptbahnhof Mannheim mit der Lokomotive, dem Packwagen und einem Schlafwagen entgleist.

Mannheim. Am Dienstagabend erfolgte an der Straßenkreuzung ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen, einem Radfahrer und einem Motorradfahrer.

Bad Dürkheim. Auf der Straße Dürkheim-Marbach stürzte der Mechaniker Adolf Reith von seinem Motorrad und blieb bewußtlos mit schweren Kopfverletzungen liegen.

Karlsruhe. Beim Baden in dem Werkkanal wurde der 13 Jahre alte Sohn des Tischmeisters August Zäner infolge plötzlichen Eintritts größerer Wassermassen abgetrieben.

Unhaltbare Kleinbahnverhältnisse. Aus Unterwisheim wird uns geschrieben: Am 5. Juni wurde der neue Fahrplan auf der Nebenbahn Bruchsal-Hilbich-Mengen in Kraft gesetzt; der erste Zug von Unterwisheim nach Bruchsal wurde 10 Minuten früher gelegt, um den Anschluss in Bruchsal besser zu erreichen.

Mark und Handel. A. Saffari Zigarettenfabrik A.G. in Baden-Baden. Das Halbjahr Juli-Dezember 1924 schließt nach der „Süddeutschen Zeitung“ mit einem Verlust von 0.36 Millionen RM ab.

Letzte Nachrichten

Saftentlastung Iwan Kutislers

Berlin, 15. Juli. Die Strafkammer hat den Haftbefehl gegen den ehemaligen Generaldirektor der Steinbank, Kutisler, aufgehoben aufgrund eines medizinischen Gutachtens, wonach bei Kutisler Lebensgefahr bestehe.

Lärmjahren im polnischen Sejm

Warschau, 15. Juli. Gestern kam es im Sejm bei der Abstimmung über das Agrarreformgesetz zu größeren Ausschreitungen. In den Bestimmungen, daß der parzellierte Boden nicht auf die örtliche Bevölkerung, sondern auf andere überbevölkerte Gegenden des Staates verteilt werden solle, wobei besonders Bäcker und Beamte parzellierter Güter, sowie gediente Soldaten zu berücksichtigen wären, erblickten die Ukrainer und Weißrussen das Verbrechen, durch die Parzellierung der Güter im Osten eine polnische Kolonisationspolitik zu treiben.

Fortschritte der Photographie vom Flugzeug

Neuort, 15. Juli. Ein neues photographisches Verfahren, das, wie erwartet wird, die gesamte Luftfahrt im Kriege neu gestalten wird, wurde gestern auf dem Gut des Vorstehenden des Ausschusses für Militärfragen, Wadsworth, vorgeführt, wobei Flieger in einer Gesamtzeit von neun Minuten Lichtbilder in der Luft aufnahmen und die entwickelten abwarfen.

Bereitsungsrezepte

Obst-Törtchen nach folgendem Oetker-Rezept können Sie dies leicht erreichen:

Table with ingredients: 100 g Butter, 100 g Zucker, 500 g Mehl, 2 Eier, 1 Tasse Milch, 1 Päckchen Dr. Oetker's Backpulver, Saft u. Schale einer Zitrone.

Zubereitung: Die Butter rührt man zur Sahne, fügt Zucker, Eiweiß, das Abgeriebene und den Saft einer Zitrone, zuletzt das mit dem Backpulver gemischte Mehl und die Milch hinzu. Man verarbeitet alles zu einem festen Teig, rollt denselben dünn aus, sticht mit einem Weinglas dünne Scheiben aus, formt aus dem Rest des Teiges dünne Teigrollchen und legt diese als Rand auf die kleinen Tortenböden.

Jedem das Seine!

Dieser schöne Grundsatz kann mitunter an großen Familien nicht gut durchgeführt werden. Es ist daher sehr angenehm, wenn die Hausfrau von vorn herein richtig einstellen kann. Mit Obst-Törtchen nach folgendem Oetker-Rezept können Sie dies leicht erreichen.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher kostenlos in den Geschäften, oder wenn vergriffen, umsonst portofrei von Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Sonder-Angebote zu enorm billigen Preisen. Anzugstoffe, prima Qualitäten Mtr. 15.00 12.50 8.50. Kleiderstoffe, einfarbig u. kariert Mtr. 4.80 3.30 2.30.

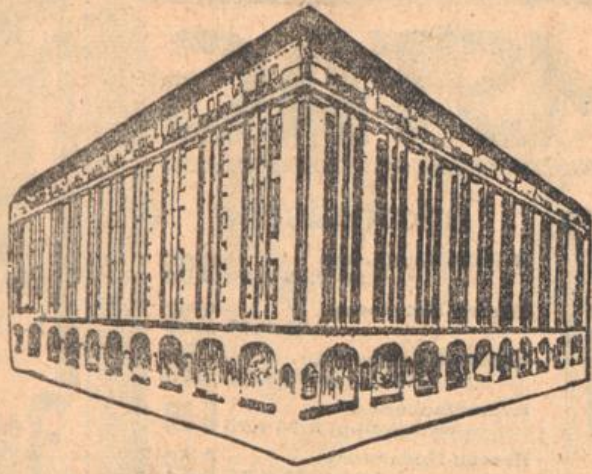
„Zum Salmen“ Zubriggplatz - Telefon 2019. Jeden Schlachttag Freitag. Jeden Samstag ab 6 Uhr abends Schweinsbrat.

„Zum Goldenen Faß“, Wielandstraße 18. Morgen Schlachttag Freitag. Auerkannt gute Weine, Sinner Tafelbier im Ausschank.

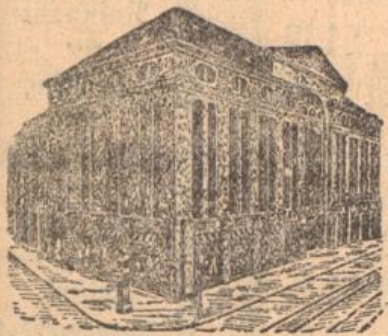
Adler-, Presto-Fahrräder. Diamant - Teilzahlung - Ersatzteile * Pneumatik * Reparatur-Werkstätte. Xaver Hoffner, Karlsruhe-Mühlburg.

Bucherer Kartoffel. der erste Wagon frühe Kaiserkrone eingetroffen. 3 Pfund 25 Pfg. Bucherer in sämtlichen Filialen.

Ein Jahrhundert. Fochtenberger COGNAC. Das Echte und Schöne reift nur durch jahrzehntelange Pflege zur wahren Vollkommenheit. Fochtenberger Kölnischwasserseife.



Erste Häuser



Das große moderne Warenhaus

Geschw. **KNOPF** Karlsruhe

führt in 50 reichsortierten Spezial-Abteilungen
sämtliche Bedarfsartikel in großer Auswahl
zu bekannt billigen Preisen.



Kaufhaus
Schmoller & Co.
Karlsruhe
Billigste Bezugsquelle
sämtlicher
Bedarfsartikel.



CONFEKTIONSHAUS
HIRSCHEN
Herrenbekleidung
Herrenwäsche / Berufskleidung
Kaiserstrasse 95 Ecke Kronenstrasse



Leipheimer & Mende

Gegr. 1834 Spezial-Geschäft Tel. 211 u. 214
Herren- und Damenkleiderstoff, Seide, Baumwollwaren,
Wäschestoffe, Weisswaren, Gardinen, Schlafdecken
Grösste Auswahl Billigste Preise

Kaufhaus
BADENIA
G. m. b. H.
KARLSRUHE
Kaiserstrasse 14 a
Herren- u. Damen-
Bekleidung
auf
Teilzahlung



Adler- str. 43 **Volksbuchhandlung Karlsruhe** Telefon 3701

empfiehlt
sämtliche Literatur insbesondere Partei-, Gewerk-
schafts- und Fach-Literatur **Schreibwaren aller Art**
Lieferung ganzer Bibliotheken
Wiederverkäufer und Vereine erhalten Rabatt.



GRITZNER = Nähmaschinen | Bestes
Fahrräder | deutsches Erzeugnis!

Maschinenfabrik Gritzner A.-G., Durlach.

Gute Ware!

FREITAG EXTRA-SAMSTAG PREISE SAMSTAG

Strümpfe im Lichthof
 Damenstrümpfe schwarz und farbig. 1.25 1.10 0.75 0.65 **0.48**
 Herrensocken moderne Muster oder grau mellert. 1.65 1.45 0.95 **0.55**
 Sportsutzen viele Farben, schöne Ränd. 2.90 3.50 3.25 **2.50**
 Kinderstrümpfe grau und beige, je nach Größe 1.10 0.95 0.85 0.75 **0.65**
 Kinder-Söckchen 0.90 0.50 **0.35**

Seifen
 200 Gramm Blockseife Stück 0.20 5 Stück 0.95
 200 Gramm Doppelstücke Stück 0.20 5 Stück 0.95
 400 Gramm Blockseife Stück 0.40 5 Stück 1.90
 Blumenseife Stück 0.12 5 Stück 0.55
 Feinste Blumenseife Stück 0.25 5 Stück 1.10
 Reisesseife, zirka 165 Gramm Stück 0.55 3 Stück 1.55

Damen-Filzhüte
 Steter Eingang der neuesten Formen und Farben.

Berufskleidung
 Staubmäntel, Nessel 7.95 **6.50** Koch-Jacken, prima Körperqualität 9.80
 Metzgerblusen, gute Qualität 8.95 Koch-Hosen 7.80 **6.75**
 Ein Posten Manchester-Hosen aussergewöhnlich billig **12.50**
 Sport- und Arbeitshosen in Qualität, in verschiedenen Farben

Billige Einmachgläser!
 Konservengläser, Marke „Abo“ 1/2 3/4 1 Ltr. mit Gummi -35 -40 -45
 Einmachgläser zum Zubinden 1/2 3/4 1 1 1/2 2 3 4 5 6 Ltr. -20 -25 -30 -35 -45 -65 -80 1.10 1.25
 Geleengläser weißes Glas 1/2 3/4 1 Ltr. -15 -18 -22 -25
 Einkochapparat mit Einsatz und Thermometer Stück **7.25**

Trikotwäsche
 Herren-Netzjackett 1.80 1.65 1.10 **0.95**
 Herren-Netzjackett mit Stickerel 2.90 2.65 **2.25**
 Kinder-Hemdchen, weiß 2.25 1.95 **1.75**
 Korsettschoner, weiß gerippt **0.90 0.75 0.60**
 Herren-Badchosen 1.45 1.20 0.95 **0.85**

Damenwäsche
 Damen-Hemden, Träger, Hohlsaum **1.10**
 Damen-Hemden, Achselschl. mit Stickerel **1.65**
 Damen-Hemden, Achselschl. mit breiter Stickerel **2.25**
 Damen-Hemden, Batist, Valenciennes **2.75**
 Damen-Beinkleider, geschl. Hohlsaum **1.45**
 Damen-Beinkleider, geschl. mit Stickerel **1.95**
 Reform-Rock Hohlsaum **2.50**
 Damen-Nachthemden, Hohlsaum und bestickt **3.85**

Resteverkauf im Lichthof.
KNOPE
 DAS GROSSE KAUFHAUS FÜR ALLE

STADTGARTEN
 Freitag, den 17. Juli, abends von 8-10 1/2 Uhr:
Konzert alter Meister
 Orchester: Feuerwehrkapelle. 1354

Donnerstag Freitag Samstag
 Um für neue Waren Platz zu schaffen, verkaufe ohne Rücksicht auf Einkaufspreise:
 Reisekostüme . . . 10.-, 14.-, 18.-, Cheviotkostüme . . . 18.-
 Gabardinkostüme . . . 25.-, Rips- und Moulinekostüme . . . 35.-
 Covercoat- und Ripsmäntel . . . 9.75, Gummimäntel . . . 18.-
 Gabardinnmäntel . . . 25.-, Tuch- und Alpaca-mäntel . . . 11.50
 Ein Posten la Velour de laine-Mäntel Mk. 25.-
 Ein Posten flotte Frottéecke . . . 5.-, 6.-
 Musseln, Frotté, Seiden, Gabardin-, Rips- u. Cheviotkleider
 Kasacks, Blusen, Jumper, Kinderkleider und Kindermäntel
Daniels Konfektionshaus
 Wilhelmstraße 36, 1 Treppe. In der Nähe des Hauptbahnhofs.

Ein noch gut erhaltener **Kinderwagen** und eine eiserne Kinderbettstelle zu verkaufen. Winterstraße 22a, 1. Stock bei Gärtner. 4182

Will das Brautpaar glücklich sein, kauft Möbel nur bei **Freundlich ein**
 Kronenstrasse 37/39 8885

Pfannkuch
 Eingetroffen: Weitere Waggon neue Italiener
Kartoffeln
 schöne reife Ware 3 Pfund **29** Pfg. Zentner **9.-**
Matjesheringe
 3 Stück **45** Pfg.
Pfannkuch

2. Gausängerfest
 des Karlsruher Sängergau am Sonntag, den 19. Juli, in der Städtischen Festhalle.
 Ausführende: Kammer Sänger Reinhold Fritz, Stuttgart; das Orchester des Landestheaters Karlsruhe; 43 Gauvereine mit 3000 Sängern.
Vormittags-Konzert morgens 10 Uhr 4134
 Gruppe I, II und III, 29 Vereine, 1570 Sänger, Einzelchöre u. Gesamtchöre. Dirigent der Gesamtchöre: M. Greulich und W. Mayer.
 1. Teil: „Natur und Heimat“, 2. Teil: „Der Rhein“, 3. Teil: „Lenz u. Liebe“.
Nachmittags-Konzert nachmittags 3 Uhr
 Gruppe IV u. Festwiesenslieder-Gruppe 14 Vereine mit 1430 Sängern. Leitung der Orchesterwerke u. der Gesamtchöre: Herr Hugo Rahner.
 1. Teil: Aus der Oper „Die Zauberflöte“, 2. Teil: Emselvorträge der Gruppe IV, 3. Teil: Aus dem Bühnenfestspiel „Die Meistersinger“.
 Karten im Vorverkauf von Mittwoch ab in der Musikalienhandlung Müller, Kaiserstr. und am Sonntag, den 19. an der Tageskasse der Festhalle.
 Preise: 2.50, 2.00, 1.50 und 1.00 Mk. einschließlich Festbuch, Einlagegebühr und Lustbarkeitssteuer.

Druckarbeiten aller Art liefert die Buchdruckerei „**Volksfreund**“, Luisenstraße 24.

EDELWEISSFLOCKEN
 Eine Hausfrau sagt's der andern:
Pforzheimer Seifenflocken „Edelweiß“
 waschen alle Wäsche schonend schneeweiß!
 Billig und von höchster Waschkraft! Billig und von höchster Waschkraft!
Paketpreis nur 35 Pfennig in allen einschlägigen Läden zu haben.
Wilhelm Rußmann, Seifen-Fabrik PFORZHEIM (Baden), Telefon 1255.
EDELWEISSFLOCKEN

Für nur 20 Mk. Anzahlung u. wöchentliche Raten von 4 Mk. bekommen Sie 1 stabiles **HERREN- oder DAMEN-FAHRRAD** mit 2 Jahren Garantie.
 Fahrräder werden bei Anzahlung sofort ausgedient. Sämtliche Ersatzteile wie Mäntel, Schläuche, Pedale, Ketten usw. staunend billig.
Fahrrad-Kunzmann Zähringerstraße 46 4190

Sonderangebot
 50 000 Aluminium-Idble 10 Wt. franco pro 11 Stück u. Abbildung (gg. Sortierung) Nachnahme und zwar:
 5 Schmoröpfe mit Deckel, 1/2, 1, 2, 3, 4 Liter Inhalt, sowie 6 Milchöpfe mit Zierrand.
 Außerdem liefern auch noch mit Schmoröpfe Inhalt liter 5 6 pro Stk. 2.90 Mk.
 Anlässlich des 25-jährigen Jubiläum gebe ich ca. 50 000 Töpfe als Restname ab.
Metallindustrie H. Seuthe Holthausen b. Plettenberg / Nr. 544
 150 Arbeitsmaschinen - 3000 qm Fabrikräume.
 Verbindung: Inserat belegen - Hauptkatalog wird jeder Sendung beigelegt - Vertreter höchster Staatsbeamter - Bismarckstr. Dortmund 19206.

Rosen Anzüge blaue Arbeitsanzüge
Windjacken Sommerjoppen Rucksäcke
Koffer Hemden und Unterhosen kaufen Sie billig
Maler Mendelssohnplatz.
In 30 Minuten Ihr Passbild im Photogr. Atelier Kaiserstr. 50, Eing. Adlerstr.
„Nissin“ Kopfläuse Nichts anderes nehmen! Adler-Apotheke Kronen-Apotheke Stadt-Apotheke
Chaiselongues neu, gutgeb. b. 35 Mk an Adler, Schützenstr. 25

Palast-Sichtspiele Herrenstr. 11 Telef. 2502
Ab heute!
 Der größte Polizeifilm der Welt!
Die Mädchenhändler von New-York
 Verfasser R. Enright, Polizeipräsident von New-York.
 Ein Film zur Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels, unter tätiger Mitwirkung der New-Yorker Kriminalpolizei.
 Sieben grosse spannende Akte.
„Er“ hat eine Idee
 Lustspiel mit **HAROLD LLOYD.** 4189

Pfannkuch
 Für die Einmachzeit Feinster Waghäuseler u. Frankenthaler
Zucker beste Raffinade Weineffig Estragoneffig Effigehenz Saffeyl-Pergament-Papier Einmachhilfe Sämtliche Gewürze Anfecht-Branntwein Liter Inhalt 250 Wt. einjchl. Steuer ohne Glas
Pfannkuch
„Nissin“ Kopfläuse